

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**

**Doris Rauscher, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD,**

**Dipl.-Ing. Sebastian Körber, Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann FDP**

### **Verbesserung der Situation von LGBTIQ\* in Bayern I - Sicherheit für LGBTIQ\*-Menschen in Bayern erhöhen**

Der Landtag wolle beschließen:

Verbesserung der Situation von LGBTIQ\* in Bayern I - Sicherheit für LGBTIQ\*-Menschen in Bayern erhöhen

Der Landtag wolle beschließen:

#### **Der Landtag stellt fest:**

**Der Freistaat bekennt sich zu den Menschenrechten und wird dafür sorgen, dass auch LGBTIQ\*-Menschen in Bayern frei und sicher leben können. Politisch motivierte Hasskriminalität aufgrund sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität haben im liberalen Bayern keinen Platz.**

**Die Staatsregierung wird daher aufgefordert folgende Maßnahmen zur Radizierung homo- und trans\*phober Straftaten zu ergreifen:**

- **Die Bayerische Polizei ernennt zwei Ansprechpersonen für Opfer queerfeindlicher Straftaten und für Beratungsstellen und Anti-Gewalt-Projekte, die entsprechend sensibilisiert und geschult werden, um dem Austausch zwischen allen Ebenen feste Strukturen zu geben, die online präsent und leicht zu kontaktieren sind**
- **Bei den Generalstaatsanwaltschaften für die Bezirke der Oberlandesgerichte München, Nürnberg und Bamberg wird jeweils eine Ansprechperson für**

**LGBTIQ\*-Personen ernannt, die als erste Ansprechperson für Opfer, Angehörige, Einrichtungen und Institutionen zur Verfügung stehen bei Fragen zur Strafverfolgung**

- **Polizeibedienstete werden über entsprechendes Material informiert und durch Schulungen sensibilisiert und weitergebildet, um eine korrekte Einordnung von Delikten und einen angemessenen und respektvollen Umgang mit Opfern zu gewährleisten**

**Begründung:**

Bei der Sachverständigenanhörung des Sozialausschusses zum Thema „Akzeptanz von LGBTIQ\*-Personen in Bayern“ vom 14.11.2019 stellten die Expert\*innen aus Beratungsstellen in Bayern sowie die Experten aus Polizeidienst und Staatsanwaltschaft einen enormen Nachhol- und Verbesserungsbedarf im Umgang mit Opfern von Queerfeindlichkeit fest.

Anders als in vielen anderen Bundesländern gibt es in Bayern keine Ansprechstellen bei Polizei und/oder Justiz für den besonders sensiblen Bereich der Homo- und Trans\*feindlichkeit. Niederschwelligkeit ist weder im persönlichen Umgang gegeben noch auf entsprechenden Internetseiten von Polizei und Justiz. Wer z.B. „schwul“, „lesbisch“, „trans“ oder „LGBT“ auf der Seite der Polizei München sucht, wird weder fündig noch an die Stelle Opferschutz verwiesen, die von der Staatsregierung dazu bei Anfragen und Anträgen als ausreichend definiert wird.

Das Vertrauensverhältnis zwischen queeren Menschen und der Polizei ist als schwierig zu betrachten – insbesondere historisch, aber nach wie vor oft auch in der Gegenwart. Nicht zuletzt Fälle wie im November 2019 in München-Haidhausen, wo sich zu Hilfe gerufene Polizeibedienstete abwertend gegenüber den trans\* Opfern äußerten, tragen zu dem schlechten Image bei. Dabei ist Vertrauen zwischen allen Beteiligten unabdinglich, um das notwendige Anzeigeverhalten bei entsprechenden Delikten zu fördern – den Expert\*innen nach ist eine Erhöhung der Anzeigebereitschaft das einzig relevante Mittel, um das enorme Dunkelfeld zu beleuchten.

Die Statistik in Bayern spiegelt laut Expert\*innen nicht die besondere Sicherheit Bayerns dar, sondern die schlechte oder falsche Erfassung der Delikte und/oder die mangelnde Bereitschaft von Opfern, Straftaten auch anzuzeigen, die auf einem fehlenden Vertrauensverhältnis basiert. Die Ursachen dafür sind mit entsprechenden personellen Maßnahmen sowie Maßnahmen im Bereich der Sichtbarkeit und der Vertrauensbildung zu mindern oder zu beseitigen.